

Unabhängige |||||  
Historikerkommission |||||  
zur Geschichte des |||||  
Reichsarbeitsministeriums  
1933 – 1945 |||||

Sabine Rutar

(Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)

**LOKALE DIMENSIONEN DES ARBEITSEINSATZES.  
BERGBAU IN DEN CDZ-GEBIETEN  
UNTERSTEIERMARK, KÄRNTEN UND KRAIN  
(SLOWENIEN)**

Working Paper Series A | No. 8

eds. Elizabeth Harvey and Kim Christian Priemel

Working Papers of the Independent Commission of Historians  
Investigating the History of the Reich Ministry of Labour  
(*Reichsarbeitsministerium*) in the National Socialist Period

ISSN 2513-1443

© Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus, 2017

Website: <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/Publikationen>

ISSN 2513-1443

All rights reserved. Any reproduction, publication and reprint in the form of a different publication, whether printed or produced electronically, in whole or in part, is permitted only with the explicit written authorisation of the UHK or the author/s.

This paper can be downloaded without charge from <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de> or from the Social Science Research Network electronic library. Information on all of the papers published in the UHK Working Paper Series can be found on the UHK's website.

Das jugoslawische Slowenien wurde im Zuge des Überfalls der Achsenmächte im April 1941 dreigeteilt: Deutschland besetzte Oberkrain (Gorenjska), das slowenische Kärnten (Koroška) und die Untersteiermark (Spodnja Štajerska) und gliederte diese Gebiete den Reichsgauen Kärnten und Steiermark an. Italien besetzte Ljubljana (Laibach) sowie die südlich davon gelegenen Landesteile (Dolenjska/Unterkrain, Notranjska/Innerkrain, Bela Krajina/Weißkrain) und installierte die Provinz Ljubljana (Provincia di Lubiana). Ungarn besetzte ein kleines Gebiet nordöstlich des Flusses Mur (Mura), das Übermurgebiet (Prekmurje), das bis 1918 ungarischer Jurisdiktion unterstanden hatte. Nach dem Ausscheiden Italiens aus dem Achsenbündnis im September 1943 übernahm das Deutsche Reich nicht nur die bisher italienisch besetzten Gebiete, sondern auch die seit 1918 zu Italien gehörende, mehrheitlich slowenisch und kroatisch besiedelte Julische Region und fügte beides zur „Operationszone Adriatisches Küstenland“ zusammen. Es ist also schwer, von *einer* slowenischen Besatzungsgesellschaft zu sprechen.

### **Das besetzte nördliche Jugoslawien**

Im Folgenden stehen die seit 1941 deutsch besetzten Teile Sloweniens, die Untersteiermark und Oberkrain, im Mittelpunkt, genauer: zwei wirtschaftlich wichtige Bergbauregionen. Auf die einleitenden Informationen folgen Einblicke in die Bedeutung der lokalen Dimensionen von Besatzungs- und Arbeitseinsatzverwaltung.

Der Überblick muss über die deutsch besetzten Regionen hinausgehen: Die anderen Besatzungsregime, allen voran das italienische, funktionierten in gegenseitiger Wechselwirkung mit dem deutschen. Und, nicht minder wichtig, ist immer mitzudenken, dass es der *jugoslawische* Staat war, der zerschlagen wurde, nicht der slowenische. Die Perspektive der Historikerin ist also eine zu problematisierende: Geht sie vom besetzten NS-Konstrukt aus? Vom vorher bestehenden Staat? Vom heutigen Staat und den ethnisierten territorialen Zuständigkeiten der slowenischen Historiker? Eine Möglichkeit ist ein mikrohistorischer Vergleich: „Jugoslawien“, „Slowenien“, „NS-Arbeitseinsatzpolitik“ und „Besatzung“ werden aus der Perspektive regionaler, montanindustriell definierter Besatzungsgesellschaften kontextualisiert, nämlich anhand zweier für die deutsche Kriegswirtschaft bedeutsamer, etwa 80 Kilometer voneinander entfernt gelegener Bergbaubetriebe, dem Bleierzbergbau in Mežica (Mieß) im südlichen Kärnten und dem Braunkohlebergbau im Revier Trbovlje (Trifail) in der Untersteiermark. Hier sorgten lokale sozioökonomische und politische Loyalitäten und Pfadabhängigkeiten maßgeblich dafür, dass die beiden Bergbauregionen Paradigma und Sonderfall auf engstem Raum repräsentieren.

Zwar wurden aus deutschnationaler Sicht sowohl die Untersteiermark als auch das südliche Kärnten, die seit 1918 dem neuen jugoslawischen Staat angehörten, als durch St. Germain und Versailles unrechtmäßig von den nördlichen Teilen der ehemals habsburgischen Kronländer

Kärnten und Steiermark abgetrennt angesehen. Während aber nach der Zerschlagung Jugoslawiens im April 1941 die deutsche Heim-ins-Reich-Politik in der Untersteiermark durch die Entfernung aller „deutschfeindlichen Elemente“ und die Ausweisung „sämtliche[r] Nationalslowenen“, also durch systematische Vertreibung und Umsiedlung umgesetzt werden sollte,<sup>1</sup> betrafen die Deportationen im südlichen, ehemals jugoslawischen Teil Kärntens eher politisch motivierte Einzelaktionen, also Intellektuelle, Priester, nach 1918 aus den an Italien gefallenen slowenisch besiedelten Regionen Zugezogene und politisch Verdächtige (Kommunisten und slowenische Nationalisten). Die große Mehrheit der slowenischsprachigen Bevölkerung in Kärnten wurde rassistisch als „windisch“ eingestuft, also, knapp gesagt, als Menschen, die „sich nicht der Rasse nach, sondern nur in der Sprache“ von den Deutschen unterschieden.<sup>2</sup> Schon diese divergierende volkstumpolitische Taxierung sorgte für unterschiedliche Besatzungs- und Ausbeutungsverläufe. Trbovlje spiegelt die größeren, eher paradigmatischen Kontexte, welche die slowenischen Gebiete wie auch die internationalen Entwicklungen im Kriegsverlauf betrafen; Mežica wich davon ab. In beiden Fallbeispielen blieben die Bergarbeiter weitgehend im Werk bzw. wurden gezwungen, dort zu bleiben. Die jeweilige Verfasstheit der lokalen Gesellschaft in Mežica und Trbovlje führte zu zwar analogen, jedoch unterschiedlich wirkenden Gewaltpraktiken der Besatzer.

## Die Vorgeschichte

Das aus dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns 1918 hervorgegangene Jugoslawien war denkbar disparat verfasst: Auf dem Wege zur Industrialisierung befindliche Regionen im Norden waren 1918 mit landwirtschaftlich geprägten Regionen im Süden zusammengefügt worden. Was den Bergbau betraf, überließ die Belgrader Regierung die Erschließung neuer Förderstätten mangels eigener finanzieller und personeller Mittel ausländischen Firmen. Jugoslawische Metallerze spielten für die Versorgung der europäischen Industriestaaten eine wichtige Rolle, weswegen deren Wirtschaftspolitik das Interesse an der Modernisierung der Fördertechniken vor Ort einschloss.

Die Mežiška dolina (Mießtal) war nicht Teil der Kärntner Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920, sondern ihre Zugehörigkeit zu Jugoslawien war bereits in Versailles festgelegt worden. Der südkärntnerische Bleierzbergbau stand seit 1921 durch die neu gegründete Central European

---

<sup>1</sup> Tone Ferenc, Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien 1941–1945, Maribor 1980, Dok. 13: Vermerk des Reichsministeriums des Innern über die Besprechungen in Graz betreffend Okkupationsmaßnahmen in den besetzten slowenischen Gebieten, Vermerk über die Besprechungen in Graz vom 8. bis 9. April 1941, ohne genaues Datum; sowie die folgenden, die Untersteiermark betreffenden Dokumente.

<sup>2</sup> Ausführlich zu den Windischen Rolf Wörsdörfer, Ethnisch-nationale Differenzierung in den Ostalpen: "Deutsch-Windisch-Slowenisch" (1920–1991), in: Michael G. Müller, Rolf Petri (Hg.), Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, Marburg 2002, S. 137–160 (Zitat S. 139).

Mines Ltd. (CEM) unter britischer Führung. Die frühere österreichische Betreibergesellschaft, die Bleiberger Bergwerks-Union (BBU), hatte nach Kriegsende von der jugoslawischen Regierung Entschädigung für den Verlust ihres wirtschaftlich erfolgreichsten Objekts gefordert – es blieb bei einem österreichischen Aktienteil von zwei Fünfteln, den die BBU der neuen Central European Mines Ltd. übertrug, welche 1924 von jugoslawischer Seite die offizielle Betriebsgenehmigung erhielt.<sup>3</sup> Dass die maßgeblichen Vertreter der österreichischen Bleiberger Bergwerksunion in der Zwischenkriegszeit weiter Einfluss auf den nun zu Jugoslawien gehörenden Betrieb nehmen wollten und auch konnten, war ein Ergebnis einerseits der Versailler Dispositionen, andererseits der zunehmenden ökonomischen Abhängigkeit Jugoslawiens von Deutschland.<sup>4</sup> Der Anschluss Österreichs an NS-Deutschland 1938, der Kriegsausbruch und die miserable Ernte 1940, die Jugoslawien zum Import deutscher Agrarprodukte zwang, welche die Deutschen durch Rohstoffe kompensiert wissen wollten, kamen der BBU entgegen. Mittels eines jugoslawischen Staatskommissars gelang es ihr, seit Herbst 1940 die Kontrolle über das Werk wiederzuerlangen. Der britische Protest gegen die faktische Enteignung wurde dann Anfang 1941 von den militärischen Ereignissen überholt.<sup>5</sup>

Die Betreibergesellschaft des Kohlenreviers Trbovlje, die Trboveljska Premogokopna Družba (Trifailer Kohlenwerksgesellschaft, TPD), eine ebenfalls ehemals habsburgische, allerdings schon vor dem Ersten Weltkrieg unter französischer Beteiligung geführte Firma, war das größte Industrieunternehmen der Untersteiermark. Nach dem Ersten Weltkrieg war es den Österreichern auch hier durch den perpetuierten Besitz von Aktienanteilen gelungen, weiterhin Einfluss auf die Entwicklung des Unternehmens zu nehmen.<sup>6</sup> Das untersteirische Kohlenrevier wurde nicht zuletzt mit Hilfe deutscher Reparationszahlungen modernisiert.<sup>7</sup>

Zum Zeitpunkt der Zerschlagung Jugoslawiens im April 1941 durch die Wehrmacht und ihre Verbündeten waren die älteren Bergingenieure und Facharbeiter in beiden Montanregionen noch an der Bergakademie im tschechischen Příbram oder an der Montanistischen Hochschule Leoben (Obersteiermark) ausgebildet worden. Die jüngeren Bergingenieure hatten ihre Ausbildung an der 1919 neu gegründeten Universität in Ljubljana absolviert. Die österreichischen montanistischen

---

<sup>3</sup> Ivan Mohorič, *Industrializacija Mežiške doline*, Maribor 1954, S. 285ff.; Thomas Zelo, *Zwischen Staat und Markt. Geschichte der Bleiberger Bergwerks-Union und ihrer Vorläuferbetriebe*, Klagenfurt 2004, S. 334–337.

<sup>4</sup> Für die deutsche Forcierung der wirtschaftlichen Abhängigkeit Jugoslawiens ist der Begriff des *informal empire* bemüht worden, vgl. William S. Grenzbach, *Germany's Informal Empire in East-Central Europe: German Economic Policy Toward Yugoslavia and Rumania, 1933–1939*, Stuttgart 1988; sowie den Forschungsüberblick von Uta G. Poiger, *Imperialism and Empire in Twentieth-Century Germany*, in: *History and Memory* 17 (2005), H. 1–2, S. 117–143.

<sup>5</sup> Zelo (Anm. 3), S. 340–343, 426–429.

<sup>6</sup> Ivan Mohorič, *Problemi in dosežki rudarjenja na Slovenskem: zgodovina rudarstva*, Bd. 1, Maribor 1978, S. 226–238.

<sup>7</sup> Ferdinand Friedensburg, *Kohle, Eisen und Bauxit in Jugoslawien*, in: *Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift* 75/46, 18.11.1939, S. 897–903, 913–919, S. 902; *Arhiv Republike Slovenije (ARS)*, *Energieversorgung Südsteiermark (EV Süd)*, fasz. 4, Beschreibung des Kohlenwerkes Trifail, 20. April 1941.

Netzwerke waren durch innerjugoslawische ersetzt worden, insbesondere im Kohlenbergbau, aber auch in den beiden britisch geführten größten Bleierzbergwerken Jugoslawiens, in Mežica und in Trepča (Kosovo).

Die Bergarbeiter in Mežica und in Trbovlje stammten „mit wenigen Ausnahmen alle aus dem Draubanat“, also aus der nördlichsten Verwaltungseinheit des ersten Jugoslawiens, meist aus der jeweils näheren Umgebung der Minen.<sup>8</sup> In den letzten Vorkriegsjahren hatte sich ihre Situation durch die Weltwirtschaftskrise spürbar verschlechtert. Schätzungen gehen für die Jahre 1933/34 von 360.000 bis 500.000 effektiv Arbeitslosen in Jugoslawien aus. Das gewaltige Überangebot an Arbeitskräften hielt das Lohnniveau niedrig. Zwischen 1930 und 1937 betrug der durchschnittliche Verdienst eines jugoslawischen Bergarbeiters gerade noch 38 Prozent des Existenzminimums einer vierköpfigen Familie.<sup>9</sup> Er machte etwa ein Sechstel dessen aus, was etwa im Ruhrgebiet gezahlt wurde, die Schichtleistung ein Drittel.<sup>10</sup> Der Reallohn sank auch nach dem Ende der Wirtschaftskrise stetig: Er lag im September 1940 nicht nur niedriger als während der Krisenjahre 1932/33, sondern um noch ein Fünftel unterhalb des Standes von 1913/14.<sup>11</sup>

In Trbovlje reagierte die TPD auf die Krise mit einer forcierten Mechanisierung der Produktionsabläufe. Die Zahl der Arbeiter halbierte sich zwischen 1925 (5.073) und 1934 (2.564) annähernd. 1934 zählte man 1.587 arbeitslose Bergarbeiter; ihre soziale Lage zeigte ein elendes Gesamtbild.<sup>12</sup> In Mežica hingegen war die Situation vergleichsweise gut. Vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise hatten die Löhne sogar fast 50 Prozent über dem Durchschnittslohn eines jugoslawischen Bergarbeiters gelegen, was dazu führte, dass der Betrieb auch die Krise besser bewältigte.<sup>13</sup> Nach dem Kriegsausbruch 1939 verschärfen sich die Proteste gegen die Preissteigerungen sowie gegen die Unterstützung der Achsenmächte. Das Verhältnis zum jugoslawischen Staat war in den slowenischen Gebieten zwiespältig geblieben.<sup>14</sup>

---

<sup>8</sup> ARS, EV Süd, fasz. 4, Beschreibung des Kohlenwerkes Trifail, 20. April 1941 (Zitat); Mohorič, *Industrializacija*, S. 228.

<sup>9</sup> Sergej Dimitrijević, *Karakteristike industrije i rudarstva bivše Jugoslavije*, Beograd 1949, S. 43; Der Arbeitslohn im ehemaligen Jugoslawien, in: Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront (Hg.), *Jahrbuch 1940/41*, 2. Bd., S. 855, gibt für September 1940 als Tageseinkommen eines jugoslawischen Arbeiters kaum 25 Prozent desselben Existenzminimums an.

<sup>10</sup> Friedensburg (Anm. 7), S. 897.

<sup>11</sup> Holm Sundhaussen, Wolfgang Höpken, *Jugoslawien von 1914 bis zur Gegenwart*, in: Wolfram Fischer u.a. (Hg.), *Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1987 (Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 6), S. 847–914, S. 868.

<sup>12</sup> ARS, EV Süd, fasz. 4, Beschreibung des Kohlenwerkes Trifail, 20. April 1941. Lojze Požun, *Trbovlje v NOB: 1941–1942*, Trbovlje 1986, S. 10–13, beziffert die Reduzierung der Belegschaft zwischen 1925 und 1934 auf 58 Prozent.

<sup>13</sup> Mohorič, *Industrializacija* (Anm. 3), S. 188.

<sup>14</sup> Požun (Anm. 12), S. 8–16.

## Paradigma und Sonderfall: Bergbauindustrien in den jugoslawischen CdZ-Gebieten

Nach dem Angriff der Deutschen und ihrer Verbündeten auf Jugoslawien am 6. April 1941 wurden die deutsch besetzten jugoslawischen Gebiete der Untersteiermark, Oberkrains und Kärntens den österreichischen Reichsgauen Steiermark und Kärnten angegliedert. Die Eingliederung in das Deutsche Reich war für den 1. Oktober 1941 vorgesehen, wurde mehrfach aufgeschoben und kam schließlich nie zustande, nicht zuletzt wegen der wachsenden militärischen Widerstandsbewegung. Am 14. April wurden die Gauleiter der beiden österreichischen Nachbarprovinzen, in der Steiermark Siegfried Uiberreither, in Kärnten Franz Kutschera (im November 1941 abgelöst durch Friedrich Rainer) zu Chefs der Zivilverwaltung (CdZ) auch für die neu besetzten jugoslawischen Gebiete erklärt. Die wirtschaftlichen Ressourcen wurden in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft gestellt, *Arbeit* stand im Mittelpunkt der „Heim-ins-Reich“-Vergemeinschaftungsbemühungen.<sup>15</sup> Dieser Aspekt war allerdings – wie sich schnell herausstellte, in kontraproduktiver Weise – verwoben mit der Germanisierungspolitik.<sup>16</sup> Insgesamt wurden etwa 80.300 Menschen oder zehn Prozent der Gesamtbevölkerung aus den deutsch besetzten Gebieten Sloweniens deportiert, etwas weniger als ein Drittel der ursprünglich geplanten Zahl. Etwa 55.000 gelangten ins sogenannte Altreich, in den Unabhängigen Staat Kroatien, nach Serbien und andere jugoslawische Regionen, die meisten von ihnen in den Arbeitseinsatz. Etwa 35.000 wurden in die Wehrmacht rekrutiert. 40.000 Slowenen wurden aus politischen Motiven interniert, 15.000 kamen in Konzentrationslager; knapp 3.000 wurden als sogenannte „Sühnegeiseln“ erschossen. Etwa 17.000 Menschen flohen aus den deutsch besetzten Gebieten in das italienisch besetzte Ljubljana, darunter viele Intellektuelle.<sup>17</sup> War die Mobilität in und zwischen den jugosla-

---

<sup>15</sup> Vgl. hierzu und allgemein zum Topos Grenzlandschicksal am Beispiel des Gaus Oberrhein Thomas Williams, 'Grenzlandschicksal': Historical Narratives of Regional Identity and National Duty in 'Gau Oberrhein', 1940–1944, in: Maiken Umbach, Claus-Christian W. Szejnmann (Hg.), *Heimat, Region and Empire. Spatial Identities under National Socialism*, London 2012, S. 56–71. Er nennt den Reichsarbeitsdienst als diejenige Instanz, die sich besonders in der Mobilisierung regional verankerter Identitäten im Sinne der Heim-ins-Reich-Politik hervorgetan habe (S. 60).

<sup>16</sup> In der Forschung ist mehrfach die Interdependenz von rassenideologischen Maßnahmen und wirtschaftlichen Interessen herausgestellt worden, vgl. z. B. Andreas Strippel, *NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD 1939–1945*, Paderborn 2011, S. 18f.; Alexa Stiller, *On the Margins of Volksgemeinschaft: Criteria for Belonging to the Volk within the Nazi Germanization Policy in the Annexed Territories*, in: Umbach/Szejnmann (Hg.) (Anm. 15), S. 235–251.

<sup>17</sup> Vgl. Stiller (Anm. 16), S. 244ff., zur rassistischen Überprüfung in den slowenischen Gebieten, der sich insgesamt mehr als eine halbe Million Menschen unterziehen musste. Zum Kriterium der Eindeutschungsfähigkeit und zum „Sonderfall Slowenien“ vgl. Strippel (Anm. 16), S. 207f. Zu den genannten Zahlen vgl. auch Helga H. Harriman, *Slovenia Under Nazi Occupation, 1941–1945*, New York 1977, S. 42; Jozo Tomasevich, *War and Revolution in Yugoslavia, 1941–1945*, Stanford 2001, S. 93; Marjan Drnovšek, Franc Rozman, Peter Vodopivec (Hg.), *Slovenska kronika XX stoletja, 1941–1945*, Ljubljana 1996, S. 20.

wischen Regionen vorher nur wenig ausgeprägt gewesen, änderten Krieg, Besatzung und Arbeitseinsatzpolitik dies in radikaler Weise.<sup>18</sup>

„Rüstungsarbeiter“ und Angehörige „sonstiger lebensnotwendiger Betriebe“, und hierzu gehörte der Bergbau, sollten allerdings von den Deportationen ausgenommen bleiben.<sup>19</sup> Mit Bezug auf die CdZ-Gebiete wurde verlautbart, dass „unsere abgebrochene Südostecke“ durch die (Wieder-)Angliederung an das nun an Deutschland angeschlossene Österreich „der natürlichen gegenseitigen Ergänzung“ des ehemaligen habsburgischen Wirtschaftsraums erneut zugeordnet werde. Gleichzeitig versuchten die Besatzer, auch die aus jugoslawischen Zeiten rührenden wirtschaftlichen Verbindungen vor allem nach Kroatien, aber auch nach Serbien, aufrechtzuerhalten und für ihre Zwecke zu nutzen.<sup>20</sup>

In Mežica hatte vier Tage nach Beginn des Angriffes auf Jugoslawien, am 10. April 1941, das Rüstungskommando Graz den Betrieb der Central European Mines Ltd. übernommen.<sup>21</sup> Der Generaldirektor und der Werksdirektor der BBU in Bleiberg, Gustav Heinisch und Emil Tschernig, wurden als Wirtschaftsführer und Bergdirektor in das Südkärntner Werk berufen.<sup>22</sup> Beide sahen in dessen Rückführung unter die Ägide der BBU die Wiederherstellung eines Zustands, der nie hätte verändert werden dürfen.<sup>23</sup> Sie begannen ihre Arbeit mit Beruhigungsmaßnahmen: Schon Ende April hatten sie mehrere Millionen Dinar aus dem nun zum Unabhängigen Staat Kroatien gehörenden Zagreb, wo die CEM ihren Firmensitz gehabt hatte, nach Mežica transportiert sowie von der Kärntner Gauleitung einen Kredit in Höhe von 200.000 Reichsmark erwirkt, sodass die seit März auf ihre Löhne wartenden Arbeiter ausbezahlt werden konnten. Im Juni wurden deren Löhne jenen in Bleiberg angeglichen.<sup>24</sup> Die etwa 850 Mann starke Belegschaft be-

---

<sup>18</sup> Vgl. zu Arbeitskräften aus und in Jugoslawien, vor allem Serben, Zoran Janjetović, Arbeitskräfteerkrutierung und Zwangsarbeit im Militärverwaltungsgebiet Serbien 1941–1944, in: Florian Dierl, Karsten Linne, Zoran Janjetović, Pflicht, Zwang und Gewalt. Arbeitsverwaltungen und Arbeitskräftepolitik im deutsch besetzten Polen und Serbien 1939–1944, Essen 2013, S. 317–442; Sabine Rutar, Arbeit und Überleben in Serbien: Das Kupfererzbergwerk Bor im Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 31 (2005), S. 101–134; Christian Schölzel, Sanela Hodžić, Zwangsarbeit und der „Unabhängige Staat Kroatien“ 1941–1945, Berlin 2013.

<sup>19</sup> Ferenc (Anm. 1), Dok. 115: Anordnung Nr. 45/I des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums über die weitere Aussiedlung von Slowenen aus den besetzten Gebieten Sloweniens, 4. September 1941.

<sup>20</sup> Befreites Land. Untersteiermark und Nordkrain, in: Der Vierjahresplan 5 (Juni 1941), S. 601–603, Zitate S. 601 und 602; Industrielle Probleme der Steiermark. Der gewerbliche Beitrag der Untersteiermark, in: Der Vierjahresplan 6 (Januar 1942), S. 39. Im Detail zur Einbindung der BBU in das den Bergbau und die Industrie betreffende deutsche Prämiensystem Zeloth (Anm. 3), S. 402–405. Das Gros der Aktien übernahm die Preußische Bergwerks- und Hütten AG.

<sup>21</sup> Kärntner Landesarchiv (KLA), AT KLA 813 - Bleiberger Bergwerks Union (BBU), Schachtel 319, Jahresbericht CEM 1941.

<sup>22</sup> Zeloth (Anm. 3), S. 429f. Heinisch war bereits 1932, im Zuge der weltwirtschaftskrisenbedingten temporären Schließung der Mine in Bleiberg, kurzzeitig an die Spitze des Werks im Mießtal berufen worden. Tschernig war zeitgleich zum Werksleiter ernannt worden, 1936 stieg er zum Werksdirektor in Bleiberg auf.

<sup>23</sup> KLA, BBU, Schachtel 317, Bericht der Bleiberger Bergwerks-Union an den Staatsrat in Belgrad, 15. Februar 1941. Vgl. Zeloth (Anm. 3), S. 401–420, zum als „reibunglos“ etikettierten vorherigen Übergang des österreichischen Bergbaus in die deutsche Wirtschaft nach 1938. Tschernig schrieb noch 1957, die NS-Wirtschaftspolitik sei dem Bergbau förderlich gewesen, vgl. Emil Tschernig, Der Buntmetallbergbau in Österreich, Klagenfurt o.J. [1957], S. 46.

<sup>24</sup> KLA, BBU, Schachtel 319, Jahresbericht CEM 1941, S. 7f., 43.



stand fast vollständig aus Slowenen: „Es ist erfreulich berichten zu können, daß die Gefolgschaftsmitglieder [...] willig mitarbeiteten und daß sich Alle [sic], trotz mancher sprachlicher Schwierigkeiten, voll und ganz für die gedeihliche Entwicklung des Betriebes einsetzten“, vermerkte Tschernig in seinem ersten Jahresbericht.<sup>25</sup>

Die untersteirischen Kohlengruben wurden in der im Juni 1941 durch die Gauverwaltung gegründeten Aktiengesellschaft Energieversorgung Südsteiermark zusammengefasst, die Teil der Reichswerke „Hermann Göring“ war.<sup>26</sup> Die Betriebe wurden als „durchwegs [sic] technisch gut ausgerüstet, jedoch noch sehr ausbaufähig“ charakterisiert; auch hier sprach sich das Oberbergamt Wien für eine Anpassung der „auch für jugoslawische Verhältnisse“ niedrigen Löhne aus.<sup>27</sup> Die Kohlenbergarbeiter in Trbovlje und ihre Familien waren laut einer am Tag nach der jugoslawischen Kapitulation erlassenen Sonderanweisung Himmlers vom 18. April 1941 von den Deportationen auszunehmen.<sup>28</sup> Man stellte sich vor, die Bergarbeiter durch physische Festsetzung unter Kontrolle halten zu können: „Diese Gebiete sind gewissermaßen wie ein großes Konzentrationslager zu betrachten, das unter eine gewisse Bewachung gestellt werden muss.“<sup>29</sup>

Schon Ende 1941 war deutlich, dass die volkstumpolitischen und die den Arbeitseinsatz betreffenden Verordnungen Gewaltpraktiken darstellten, die in einem erheblichen Spannungsverhältnis zueinander standen. Noch während die Vertreibungen im Gange waren, konstatierten zeitgenössische deutsche Beobachter gravierende Folgen für die wirtschaftliche Lage und insbesondere das Arbeitskräftepotential.<sup>30</sup> Während aber in Mežica die Ausbeutung der Bleierzvorkommen aufgrund der dortigen Konstellation während der ersten beiden Besatzungsjahre vergleichsweise reibungslos verlief, war die Untersteiermark seit Juni 1941 Schauplatz der ersten, ihrerseits gewaltsamen, Widerstandsaktionen der kommunistisch geführten Partisanen.<sup>31</sup>

In Mežica war es insbesondere Werksdirektor Emil Tschernig, der gegen die Germanisierungspolitik, die den Slowenen das Existenzrecht absprach, in einer Weise agierte, die eine „altösterreichische“, insbesondere aber eine starke bergbauliche Identität spiegelt. Er versuchte, „seine“

---

<sup>25</sup> Ebd., S. 10.

<sup>26</sup> U. S. National Archives & Records Administration, Washington (NARA), T-17 R 17, Oberbergamt Wien, Lagebericht, 15. September 1941.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Ferenc (Anm. 1), Dok. 23: Richtlinien und Anweisungen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums zur Aussiedlung von Slowenen und Ansiedlung von Deutschen in der Untersteiermark, 18.4.1941.

<sup>29</sup> Eine Anmerkung ebd. zitiert diese Äußerung des Grazer Regierungspräsidenten Otto Müller-Haccius in einer Stabsbesprechung am 30. April 1941. Vgl. ders., *Nacistična raznarodnovalna politika v Sloveniji v letih 1941-1945*, Maribor 1968, S. 257–289, 322–327, wo er 214 Trboveljer Bergmannsfamilien nennt, insgesamt 976 Personen, die von den Aussiedlungen ausgenommen worden seien.

<sup>30</sup> Ferenc (Anm. 1), Dok. 179: Abschliessender Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Zagreb über die Aussiedlung von Slowenen und Serben, 20.11.1941.

<sup>31</sup> Die Partisanenbewegung in Slowenien zählte 1941 etwa 2.000 Mann, 1942 4.500, 1943 5.500. Nach der italienischen Kapitulation im September 1943 – die nicht zuletzt den Zugang zu Waffen bedeutete – wuchs sie auf 20.000. Mitte 1944 erreichte sie die Zahl von 30–35.000 Mitgliedern. Vgl. Drnovšek/Rozman/Vodopivec (Hg.) (Anm. 17), S. 52.

Werksangehörigen zusammenzuhalten, offenbar unter beachtlichem persönlichem Einsatz. Ivan Mohorič, Autor einer Abhandlung aus sozialistischer Zeit über die Industrialisierung der Mežiška dolina, benutzt die Floskel der „fünften Kolonne“, um die arbeitswillige Haltung der Bergarbeiter zu beschreiben, die das Werk nicht sabotieren wollten. Er vermerkt dann durchaus korrekt, es sei die Werksleitung der BBU gewesen, also Repräsentanten der Besatzer, die gegen die Ermordung und Vertreibung von slowenischen Ingenieuren vorgegangen sei. Über den Werksdirektor Tschernig schreibt Mohorič, er sei „in der Ausführung der ihm übertragenen Aufgabe gegenüber der Arbeiterschaft korrekt“ gewesen und habe „vielen Slowenen geholfen, am Leben zu bleiben“<sup>32</sup>, was für einen der titoistischen Volksbefreiungstradition verpflichteten slowenischen Historiker durchaus eine ungewöhnliche Aussage ist.

Tschernig bekam rasch Schwierigkeiten mit der NS-Gauverwaltung, die den gesamten Arbeitseinsatz während der Besatzungszeit überdauerten. SS-Standartenführer Alois Maier-Kaibitsch, der als Geschäftsführer des Kärntner Heimatbundes maßgeblich die Aussiedlung der Kärntner Slowenen verantwortete, beschuldigte Tschernig, es fehle „an der entsprechenden Arbeit gegen die slovenisch kommunistische Tätigkeit innerhalb des Werkes, bei dem verschiedene Partisanen beschäftigt sind. [...] Herr Dr. Tschernig [hat] sicherlich die betriebswirtschaftlichen Aufgaben einwandfrei gelöst [...], aber das im Mießtal so wichtige Werk Mieß [muss] auch in volkspolitischer Richtung mit dem Ziele der völkischen Angliederung des Mießtales an den übrigen Gau Kärnten seine Aufgaben erfüllen und die Werksleitung sich dem entsprechend einstellen.“<sup>33</sup> Im Mai 1944 erklärte Maier-Kaibitsch, Tschernig sei „für das Mießtal politisch untragbar“, was Tschernig echauffiert dazu veranlasste, den Generaldirektor der BBU Gustav Heinisch um seine Amtsenthebung zu ersuchen, allerdings, wie auch schon 1942, vergeblich.<sup>34</sup>

Während in Mežica zwar die Spannungen zwischen Besatzungsverwaltung und Werksleitung zunahmen, der Betrieb aber – nicht zuletzt dank der Bemühungen Tschernigs, die slowenischen Bergarbeiter zu schützen – ansonsten relativ reibungslos lief,<sup>35</sup> belegen die Protokolle der Monatsbesprechungen der Direktion der Energieversorgung Südsteiermark, dass im Kohlenrevier von Trbovlje die genannten volkstumpolitischen Maßnahmen die Arbeit spätestens Ende 1941 massiv beeinträchtigten. Seit Ende Juli hatten die ersten Partisanenaktionen darauf gezielt, Aussiedlungen zu verhindern und die Arbeit zu sabotieren.<sup>36</sup> Für die Besatzer erwies es sich nicht nur als äußerst schwierig, qualifizierte Ersatzkräfte für die vertriebenen Facharbeiter und Ingenieure

<sup>32</sup> Mohorič (Anm. 3), S. 201ff. (Zitat S. 202f.).

<sup>33</sup> Ebd., Schachtel 322, nicht gez. Schreiben an BBU-Generaldirektor Dipl.-Ing. Gustav Heinisch, 1. Juni 1944. Die Schachtel enthält weitere Korrespondenz der Vertreter des NS-Besatzungsapparates in Sachen Gesinnung von und Umgang mit Emil Tschernig.

<sup>34</sup> Ebd., Emil Tschernig an BBU-Generaldirektor Dipl.-Ing. Gustav Heinisch, 25. Mai 1944. Tschernig erwähnt in diesem Schreiben, ein analoges Gesuch schon am 20. Juni 1942 vorgebracht zu haben.

<sup>35</sup> Vgl. Zelož (Anm. 3), S. 435–439.

<sup>36</sup> Zur Volksbefreiungsfront im Kohlenrevier im ersten Besatzungsjahr Požun (Anm. 12), passim.

zu finden, sie notierten auch den wachsenden Unmut der Bergleute: „Die gegen Ende August eingetretene Beunruhigung wegen der Aussiedlung ins Altreich hat sich in der ersten Hälfte September erheblich verstärkt. [...] Die Stimmung unter der Arbeiterschaft, und zwar auch bei solchen Arbeitern, die als deutschfreundlich bekannt waren, soll keine gute sein.“<sup>37</sup>

Im Juli 1942 wurde der Reichsarbeitsdienst auf die CdZ-Gebiete ausgedehnt.<sup>38</sup> Auch die seit März 1942 durchgeführten Rekrutierungen von mehreren zehntausend slowenischen Männern in die Wehrmacht sollten die weitere Stärkung der Partisanen verhindern.<sup>39</sup> Gleichzeitig sollten die Zwangsrekrutierungen der Germanisierung der slowenischen Regionen dienen, wobei trotz der Existenz mehrerer Studien offen geblieben ist, ob man die eingeschränkte deutsche Staatsangehörigkeit an die Slowenen vergab, um sie einzuberufen, oder ob man tatsächlich glaubte, sie dadurch, dass man sie zwangsrekrutierte, germanisieren zu können.

Der Effekt der Wehrmächtsrekrutierungen auf den Arbeitseinsatz war jedenfalls ein doppelt negativer: Anfang 1943 beurteilte das Oberbergamt Wien die Arbeitseinsatzsituation in den Kohlenwerken als „durchwegs [sic] schlecht“, und zwar einerseits aufgrund der Einberufungen zu Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst, andererseits auch durch nicht ersetzbaren „Abgang“, sprich Arbeitsflucht.<sup>40</sup> Zudem reduzierten „Einberufungen von Gefolgschaftsmitgliedern zur Wehrmannschaft“, also der Einsatz der Arbeiter als Werkschutz im Kampf gegen die Partisanen sowie für Luftschutzstollenbauten, die Belegschaft im eigentlichen Bergbau weiter.<sup>41</sup>

Berichteten die Werksleitungen im Kohlenrevier von Trbovlje seit Anfang Juli 1942 regelmäßig über Partisanenüberfälle, Zwangsrekrutierungen und „Flucht zu den Banditen“, Gefangenahmen, Ermordungen, insbesondere der erwähnten Werkschutzangehörigen, aber auch von Bergleuten,<sup>42</sup> stand in Mežica erst das Jahr 1943 „im Zeichen einer ständig größer werdenden Unruhe, welche ihren Grund im Übergreifen der Partisanentätigkeit auf unser Gebiet und der dadurch ungünstig beeinflussten politischen Lage hat“.<sup>43</sup> Seit April verzeichnete man „eine Reihe von Überfällen, Verschleppungen, Morden, Brandstiftungen, Sabotageakten an den Hochspannungsleitungen usw., denen auch eine Reihe unserer Gefolgschaftsmitglieder zum Opfer fiel. [...] Durch die Anfang 1943 beginnenden Einberufungen zur Wehrmacht, durch Verhaftungen sei-

---

<sup>37</sup> Ferenc (Anm. 1), Dok. 140: Bericht des Politischen Kommissars für den Kreis Marburg-Stadt (Maribor-mesto) über die politische und wirtschaftliche Lage im September 1941, o. D.

<sup>38</sup> Ebd., Dok. 232: Verordnung des Chefs der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains über die Einführung des Arbeitsdienstrechtes, 7. Juli 1942.

<sup>39</sup> Marjan Žnidarič u.a. (Hg.), *Nemška mobilizacija Slovencev v drugi svetovni vojni*, Celje 2001, S. 20. Vgl. Ferenc (Anm. 1), Dok. 233: Verordnung des Chefs der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains über die Einführung des Wehrrechts, 7. Juli 1942.

<sup>40</sup> NARA, T-17 R 17, Oberbergamt Wien, Lagebericht, 15. März 1943.

<sup>41</sup> ARS, EV Süd, fasz. 67, Niederschrift über die Direktorenbesprechung am 27.10.1943 in Cilli, Hotel Europa, vom 4. November 1943.

<sup>42</sup> Ebd., fasz. 8, Tagesberichte der Werksleitungen in Hrastnik (Eichtal) und Laško (Tüffer), die seit Mitte Juli 1942 fast täglich in Schutzhaft genommene Belegschaftsmitglieder erwähnen.

<sup>43</sup> KLA, BBU, Schachtel 319, Jahresbericht BBU 1943, S. 1. Vgl. Zeloth (Anm. 3), S. 455f.

tens der Staatspolizei, durch Befehle zur Versetzung von nicht voll verlässlichen Werksangehörigen zu anderen Betrieben im Altgau Kärnten und schließlich durch die von Partisanen verursachten Ausfälle verlor der Bergbau eine namhafte Zahl von Angestellten und Arbeitern (über 200), für die es keinen Ersatz gibt, da im besetzten Gebiet weder Kriegsgefangene noch Ostarbeiter eingesetzt werden dürfen.“<sup>44</sup>

Tatsächlich kam auch in Trbovlje der Plan, Kriegsgefangene zum Einsatz zu bringen, nicht zur Umsetzung – wobei die Verwendung sowjetischer Kriegsgefangener, wohl aus Angst vor (weiterer) kommunistischer Unterwanderung, von vornherein ausgeschlossen wurde.<sup>45</sup> Die Widerstandsbewegung im „panlawisch-kommunistischen Zentrum des Industriegebietes Trifail-Tüffer“ – so die Bezeichnung in NS-Quellen – zeigte ihre Wirkung.<sup>46</sup> Im Juni 1943 waren die slowenischen Gebiete auf Befehl Himmlers zum Bandenkampfgebiet erklärt worden.<sup>47</sup> In Mežica und in Trbovlje hatte dies verschärfte Wehrschutzmaßnahmen zur Folge. In Trbovlje zog man Stacheldraht zur Sicherung der Schächte, umzäunte wo immer möglich das Werksgelände, bemühte sich um eine weitere Verstärkung des Werkschutzes und kämpfte gleichzeitig mit Material- und Personalmangel, die letztlich die Bewerkstelligung der weiteren gewünschten Sicherungsmaßnahmen unmöglich machten.<sup>48</sup> Was in Trbovlje Stacheldraht bewirken sollte, wurde in Mežica mittels Vermauerung der Stollen versucht. Von neun Stollen blieben nur zwei offen, die unter militärischer Bewachung standen.<sup>49</sup>

In Mežica waren die Einberufungen zur Wehrmacht, zusammen mit der Wende des Kriegsgeschehens, die Hauptursache für den Stimmungswechsel. Die erste Partisaneneinheit formierte sich im April 1943 aus Männern, die sich dem Einberufungsbefehl entzogen hatten.<sup>50</sup> Das Jahr 1944 war „innerhalb und außerhalb des Betriebes eine Kampfzeit. Die [...] Partisanentätigkeit nahm ab Mitte März Formen an, die den regelrechten Krieg in unser Gebiet brachten.“<sup>51</sup>

---

<sup>44</sup> KLA, BBU, Schachtel 319, Jahresbericht CEM 1943, S. 1, 54. Vgl. Zeloth (Anm. 3), S. 444–446, zum Einsatz ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener im wenige Kilometer entfernten Bleiberg in Österreich, die in der zweiten Kriegshälfte weit über die Hälfte der Belegschaft ausmachten.

<sup>45</sup> ARS, EV Süd, fasz. 67, Niederschrift über die Monatsbesprechung am 2. Juli 1942 in Cilli.

<sup>46</sup> Ferenc (Anm. 1), Dok. 272: Bericht von Alexander Dolezalek über den Stand der Umsiedlung in der Untersteiermark, Oktober 1942. Dolezalek war Mitglied des SS-Ansiedlungsstabes Poznań und 1941 vorübergehend als Leiter der Planungsabteilung im SS-Ansiedlungsstab „Südmark“ in der Untersteiermark im Einsatz.

<sup>47</sup> Ebd., Dok. 312: Befehl des Reichsführers SS – Erklärung der besetzten slowenischen Gebiete zum Bandenkampfgebiet, 21. Juni 1943.

<sup>48</sup> ARS, EV Süd, fasz. 67, Niederschrift über die Monatsbesprechung am 26. August 1943 in Cilli; Niederschrift über die Direktorenbesprechung am 27. Oktober 1943 in Cilli, Hotel Europa, vom 4. November 1943; Niederschrift zur Direktorenkonferenz am 21. April 1944 in Cilli.

<sup>49</sup> KLA, BBU, Schachtel 319, Jahresbericht CEM 1944, S. 9f.

<sup>50</sup> Marjan Linasi, Kako je nemški okupator ocenjeval razmere v Mežiški dolini 1941–45, in: Koroški zbornik 3 (2001), S. 56–84, S. 69.

<sup>51</sup> KLA, BBU, Schachtel 319, Jahresbericht CEM 1944, S. 1.

In Trbovlje zersetzte die Einwirkung der Partisanen nach und nach die Belegschaft, die nun „häufig beim Politisieren angetroffen“ wurde.<sup>52</sup> Das lokale Kreiskomitee der Volksbefreiungsfront urteilte indes Ende Juli 1944: „[...] die Masse der Bergleute ist sich immer noch zuwenig der Bedeutung der Befreiungsbewegung und der Rolle der Arbeiterschaft insgesamt, der Bergarbeiter aber besonders, bewußt. Also wartet die Mehrheit der Arbeiter immer noch, bis zum letzten Augenblick, sei es aus Angst vor Verhaftung wegen Verbindungen zu uns, sei es aus Angst vor deutschen Repressalien.“<sup>53</sup>

Trotz des Einsatzes der Wehrmacht beklagte die Betriebsleitung „den vollkommen unzureichenden Schutz der Betriebe gegenüber dem Zugriff der Partisanen“.<sup>54</sup> In den Augen der Werksbetreiber kamen deren Mobilisierungsanstrengungen in Bezug auf die Bergarbeiter einem Aufruf zum Generalstreik gleich, den die verbliebene Belegschaft aller Kohlenbergwerke auch „ziemlich durchgreifend“ befolgt habe.<sup>55</sup> Die Förderung kam wegen des wachsenden Mangels an Arbeitskräften und des Einsatzes der verbliebenen Arbeiter bei Sicherungsarbeiten weitgehend zum Erliegen.<sup>56</sup>

Im Bergwerk Mežica endete die Besatzung, ungeachtet der alles beherrschenden Gewalt, einige Monate später so, wie sie begonnen hatte: geordnet. In der Nacht vom 3. auf den 4. Mai 1945 griffen die Partisanen die umliegenden Orte Dravograd (Unterdrauburg), Črna (Schwarzenbach) und Žerjav (Scheriau) an. In der Nacht vom 7. auf den 8. Mai erging der Befehl an die Besatzungsinstitutionen, das besetzte Gebiet zu verlassen. Im Bergwerk übergab Emil Tschernig, bevor er in Richtung Klagenfurt abfuhr, die Schlüssel und damit die Geschäfte an einen slowenischen Berginspektor, dessen Vertreibung er vier Jahre zuvor verhindert hatte.<sup>57</sup>

## Arbeit, Besatzung, Krieg

Wie aus den geschilderten Besatzungs- und Arbeitseinsatzpraktiken deutlich wird, gebührt den lokalen Dimensionen, also vor allem der Perspektive der besetzten Gesellschaften, mehr Beachtung, als ihnen bislang zuteilwurde. Dass die Beurteilung dessen, was als *Zwangsarbeit* und/oder *unfreie Arbeit* angesehen wird, auch von der jeweiligen gesellschaftlichen Kultur, Politik, Wertever-

---

<sup>52</sup> ARS, EV Süd, fasz. 67, Niederschrift zur Direktorenkonferenz am 21. April 1944 in Cilli.

<sup>53</sup> Zitiert nach Metod Mikuž, Pregled zgodovine narodnoosvobodilne borbe v Sloveniji, Bd. 4, Ljubljana 1973, S. 654f.

<sup>54</sup> NARA, T-17 R 17, Oberbergamt Wien, Lageberichte vom 18. Juli 1944.

<sup>55</sup> ARS, EV Süd, fasz. 67, Bericht zur Lage im untersteirischen Kohlenbergbaue, Cilli, Oktober 1944.

<sup>56</sup> Ebd., Niederschrift zur Direktorenkonferenz am 21. April 1944 in Cilli; NARA, T-17 R 17, Oberbergamt Wien, Lageberichte vom 18. September, 21. Oktober, 22. November 1944.

<sup>57</sup> KLA, BBU, Schachtel 6, Bericht über die Ereignisse in Mežica in der Zeit vom 1. bis 8. Mai 1945. Vgl. Zeloth (Anm. 3), S. 455f.

fasstheit und nicht zuletzt dem Recht abhängt, ist vielfach verdeutlicht worden.<sup>58</sup> Die geleistete Arbeit in Mežica und Trbovlje fällt im Rahmen der gängigen Kategorisierungen *nicht* unter den Begriff „Zwangsarbeit“. Formal wurden die deutsch besetzten CdZ-Gebiete in der Untersteiermark, Kärntens und Krains was den Arbeitseinsatz betraf wie Reichsgebiet behandelt, obwohl die slowenischen Arbeiter faktisch keineswegs wie reichsdeutsche Arbeitskräfte behandelt wurden. Auch kamen hier keine Kriegsgefangene oder „Ostarbeiter“ zum Einsatz, was nicht zuletzt dem bis Kriegsende bestehenden improvisierten staatsrechtlichen Status der nur de facto annektierten CdZ-Gebiete geschuldet war. Die slowenischen Wirtschaftsobjekte sollten, wie die gesamte Gesellschaft, eingedeutscht werden und unterlagen formal den normativen Vorgaben des Reichs. Die Selektion der Arbeiter erfolgte auf rassistischer und ideologisch-politischer Grundlage und stand in einem fortwährenden Spannungsverhältnis zu den kriegswirtschaftlichen Interessen. Die Bedeutung der Arbeit im Bergbau war ambivalent: Sie bot Schutz vor Deportation und Mobilmachung einerseits; sie bedeutete Arbeit für den Besatzer andererseits. Im Laufe des Krieges und mit anwachsender Widerstandsbewegung, die wiederum vom wachsenden Widerwillen gegen die deutschen Repressalien genährt wurde, wandelte sich die Situation der Arbeiter. Jenseits der Abstufungen von auferlegter Pflicht und Zwang stellen sich auch Fragen nach dem subjektiven Empfinden, den Erfahrungsräumen und daraus resultierenden Erwartungshorizonten der Bergarbeiter.

In Slowenien – und in Jugoslawien insgesamt – sind die Sabotageaktionen durch die kommunistisch geführte Partisanenbewegung für eine Geschichte der Arbeit unter NS-Besatzung nicht zu unterschätzen. Die Masse der Arbeiter blieb wie anderswo auch unpolitisch und hatte Angst sowohl vor den deutschen Repressionen als auch vor den Partisanen. Dennoch: Mit wachsender Widerstandsbewegung wuchsen auch die Phänomene Arbeitsflucht und Arbeitsverweigerung. Die kommunistisch geführte militärische Widerstandsbewegung beeinflusste in ambivalenter Weise jene Aspekte der Arbeit unter Besatzungsbedingungen, die nach Mark Spoerer zentral für die Definition von Zwangsarbeit sind: die mangelnde Möglichkeit, das Arbeitsverhältnis zu beeinflussen oder zu beenden (*voice* und *exit*) und die Überlebenschancen.<sup>59</sup> Die deutsch be-

---

<sup>58</sup> Vgl. Jürgen Zarusky, Arbeit und Zwang unter der NS-Herrschaft. Eine Typologie, in: Ders. (Hg.), Ghettorenten. Entschädigungspolitik, Rechtsprechung und historische Forschung, München 2010, S. 51–63; sowie Marc Buggeln, Unfreie Arbeit im Nationalsozialismus. Begrifflichkeiten und Vergleichsaspekte zu den Arbeitsbedingungen im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten, in: Ders., Michael Wildt (Hg.), Arbeit im Nationalsozialismus, München 2014, S. 231–252, DOI: [10.1515/9783486858846.231](https://doi.org/10.1515/9783486858846.231).

<sup>59</sup> Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart 2001, S. 13–20. Vgl. auch den Überblick bei Buggeln, Zwangsarbeit im Deutschen Reich 1939–1945 und die Entschädigung vormaliger Zwangsarbeiter nach dem Kriegsende. Eine weitgehend statistische Übersicht, Working Paper No. 4 of the Independent Commission of Historians Investigating the History of the Reich Ministry of Labour (*Reichsarbeitsministerium*) in the National Socialist Period, eds. Elizabeth Harvey and Kim Priemel, Berlin 2017, [https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/sites/default/files/inline-files/Working%20Paper%20UHK%204\\_Buggeln\\_0.pdf](https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/sites/default/files/inline-files/Working%20Paper%20UHK%204_Buggeln_0.pdf). Auch in diesem jüngsten Versuch einer Klassifizierung von freier und unfreier Arbeit im (Groß-)Deutschen

setzten Gebiete wurden de facto wie Reichsgebiet behandelt. Gleichzeitig sollten sie erst zu „wirklichem“ Reichsgebiet gemacht werden und zwar durch radikale Eindeutschungsmaßnahmen. Die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen war nicht minder wichtig: Stacheldraht, Festsetzung und Gewalt gehörten zum Alltag des Arbeitseinsatzes. Gleichzeitig boten kriegswirtschaftliche Betriebe wie der Bergbau Schutz vor der Deportation. Sozial- und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen wie Lohnerhöhungen, Sozialleistungen und Einführung „deutscher“ Bergbautraditionen sollten eben auch das „Heim-ins-Reich-Holen“ suggerieren. Und nicht zuletzt wurden die Arbeiter zwischen den deutschen Repressalien und der – oft gewaltsam durchgesetzten – Forderung der Partisanen, sie möchten die Arbeit verweigern und sich dem bewaffneten Widerstand anschließen, aufgerieben.

Das Verhältnis zwischen der kriegswirtschaftlichen Bedeutung und dem rassenideologischen Umgang mit slawischen Menschen im Betrieb verschob sich im Zuge des Krieges in Richtung eines faktischen Primats der Wirtschaft. Der gewaltsame Widerstand der Partisanen – manchmal im Betrieb, öfter aber jenseits der kriegswichtigen und deshalb besonders stark bewachten Industrieorte – verkomplizierte und veränderte die Arbeitsbeziehungen noch zusätzlich. Der totalitäre Anspruch und die Gewalt des NS-Staats waren die eine Seite, während bestehende Loyalitäten – bergmännische Solidarität, alte imperiale Muster, fachliche und menschliche Wertschätzung unter Kollegen – durchaus wirkmächtig bleiben konnten. Die Bergleute in Mežica, die die Sabotage von innen ihres nun deutsch besetzten Werks verhinderten, standen offensichtlich der „Wiederkehr“ Österreichs, wie sie glaubten, nicht ablehnend gegenüber. Es war der nationalsozialistische Terror, der sie eines Besseren belehrte: Die „alten Zeiten“ würden nicht wieder kommen.<sup>60</sup>

### **Historiographie, Erinnerung, Entschädigung**

Die Einteilung der jugoslawischen Gesellschaft in Helden und Verräter bei Kriegsende, die gewaltsame, direkte und auch die schleichende Entfernung und Diskriminierung „unerwünschter Elemente“ im Zuge der Etablierung der Tito-Regierung waren über Jahrzehnte geltende gesellschaftliche Raster, die bis heute nachwirken. Im öffentlichen Diskurs dominierte die Mythisierung des als heldenhaft apostrophierten Partisanenkampfes, der nicht zuletzt die Gründung des sozialistischen Staates legitimierte. Die offizielle Erinnerungspolitik polarisierte den Zweiten Weltkrieg, indem sie gute und heldenhafte Partisanen den Besatzern und Kollaborateuren gegen-

---

Reich wird deutlich, wie schwer gerade die jugoslawischen Staatsbürger statistisch zu verstehen sind. Die jugoslawischen CdZ-Gebiete beispielsweise tauchen nirgends explizit auf.

<sup>60</sup> Drei Monate nach Abzug der letzten deutschen Truppen (9. Mai) wurden am 22. August 1945 vor einem kommunistischen Militärgericht in Maribor sechzehn Mitglieder der Verwaltung des Bergbaus Mežica wegen Hochverrats und Kollaboration verurteilt, vgl. Mohorič (Anm. 3), S. 305.

überstellte. Dies bedeutete, neben der Verinnerlichung einer gewaltlegitimierenden Mentalität, die Marginalisierung aller anderen Kriegserfahrungen und eine Degradierung jedweden „einfachen“ Opferstatus. Es gab nur eine Form heroisch konnotierter Opfer: die Toten.

Als Kategorie waren die jugoslawischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie der Arbeitseinsatz insgesamt von untergeordneter Bedeutung – wichtig war die gesellschaftliche Positionierung von „guten Kommunisten“ und „bösen Anderen“. Machte man sich in diesem Sinne verdächtig, so konnten schon das Überleben des Konzentrationslagers zur Stigmatisierung bzw. Verurteilung dienen.

Das Führungsgremium der am jugoslawischen Befreiungskampf gegen die Besatzer beteiligten Gruppen, der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (serbisch (kroatisch) *Antifašističko v(ij)će narodnog oslobođenja Jugoslavije*, kurz AVNOJ), beschloss auf seiner zweiten Sitzung in der bosnischen Stadt Jajce Ende 1943 die Einrichtung einer „Staatskommission zur Ermittlung von Kriegsverbrechern und ihrer Helfer“. Diese bis 1948 arbeitende Kommission sammelte, ebenso wie die etwas später gegründeten Unterkommissionen auf der Ebene der jugoslawischen Republiken, Provinzen, Bezirke und Kommunen, umfangreiches Material über Kriegsverbrechen. In ganz Jugoslawien arbeiteten mehr als 1.500 solcher Gremien.<sup>61</sup> Die Zwangsarbeit während des Krieges wurde dabei eher unter „wirtschaftliche Ausbeutung“ gefasst als unter das Stichwort „Kriegsopfer“. Die innerhalb der serbischen Landeskommission erfolgte Untersuchung zum Geschehen im Kupferbergwerk Bor war die einzige, die sich explizit mit Zwangsarbeit auseinandersetzte.<sup>62</sup>

Die Entschädigungszahlungen der Bundesrepublik Deutschland an Jugoslawien flossen in den sozialistischen Wiederaufbau: Von 1956 gezahlten 300 Mio. DM waren 60 Mio. für die Behebung der Kriegsschäden vorgesehen, der Rest für die Wirtschaftsförderung. Im April 1961 und im September 1963 wurden insgesamt acht Mio. DM für Verbrechen im Rahmen medizinischer Versuche in den Konzentrationslagern gezahlt, doch auch hier erreichte das Geld die individuellen Opfer nicht. Zudem gab es ein innerjugoslawisches Gefälle: Die Zahlungen verwendete man insbesondere zur Förderung der minderentwickelten Regionen, so dass Kroatien und Slowenien vergleichsweise wenig von den Reparationen profitierten. Nachdem 1972 noch einmal 300 Mio. DM gezahlt worden waren, unterzeichneten Willy Brandt und Tito im folgenden Jahr ein Abkommen

---

<sup>61</sup> Vgl. das Vorwort der Herausgeber in Miodrag Žečević, Jovan P. Popović (Hg.), *Dokumenti iz istorije Jugoslavije. Državna komisija za utvrđivanje zločina okupatora i njegovih pomagača iz drugog svetskog rata* [Dokumente aus der Geschichte Jugoslawiens. Die Staatskommission zur Erhebung von Kriegsverbrechern und ihrer Helfer aus dem Zweiten Weltkrieg], Bd. 1, Beograd 1996, S. 9-14; sowie Nikola Živković, *Ratna šteta koju je Nemačka učinila Jugoslaviji u drugom svetskom ratu* [Die Kriegsschäden, die Deutschland Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg zugefügt hat], Beograd 1975, S. 10.

<sup>62</sup> Anketna komisija Zemałjske komisije Srbije za ispitivanje prinudnog rada u Borskom rudniku [Enquetekommission der serbischen Landeskommission zur Untersuchung der Zwangsarbeit im Bergwerk Bor], deren Akten im Archiv Jugoslawiens in Belgrad aufbewahrt werden.



über eine intensivere deutsch-jugoslawische Wirtschaftskooperation, mit der dann alle verbliebenen deutschen Verantwortlichkeiten abschließend gedeckt werden sollten.<sup>63</sup>

Zwei Jahre später erschien eine die Entwicklung zusammenfassende Analyse zu den Jugoslawien von Deutschland im Verlaufe des Zweiten Weltkriegs zugefügten Schäden, die zu dem Ergebnis gelangte, die Höhe der geleisteten Reparationszahlungen liege weit unter dem, was Jugoslawien eigentlich zustehe. Die jugoslawische „Kommission für die Erhebung von Kriegsverbrechen und ihren Helfern“ habe den „Vereinten Nationen“ eine Liste von fast 5.000 bekannten Kriegsverbrechern der Besatzungsmächte vorgelegt, die Organisation hätte aber nur knapp 2.700 in ihre Register aufgenommen. Der Westen habe verhindert, dass die sozialistischen Staaten angemessen entschädigt würden.<sup>64</sup> In dieser Analyse sind die Opferkategorien so gewählt, dass sie (stillschweigend) überlappen. Dem Arbeitseinsatz jugoslawischer Staatsbürger wird ausführlicher Raum gewährt, einmal jenem der Kriegsgefangenen, aber, unter dem Stichwort „Engagierung von Arbeitskräften“ (*angažovanje radne snage*), auch dem zivilen Bereich.<sup>65</sup> Die im Kapitel „Deportationen“ aufgenommenen Bevölkerungsgruppen, vor allem Slowenen, aber auch Serben aus dem Ustaša-Staat sowie Juden, deckten sich teilweise mit den vorher beschriebenen Zwangsarbeitern,<sup>66</sup> und eine weitere Schnittmenge bildet sich im Kapitel um die verschiedenen „Formen der Vernichtung“, das sich auf deutsche und Ustaša-kroatische Verbrechen konzentriert.<sup>67</sup>

Die Rolle von Arbeit allgemein und von Zwangsarbeit im Besonderen während der ersten sozialistischen Nachkriegsjahre war nicht unbeteiligt daran, dass die Arbeit für den Besatzer während des Krieges von den verschiedenen kommunistischen Kriegsverbrechertribunalen und -kommissionen in eher pragmatischer Weise abgehandelt wurde. Zwischen 1945 und 1951, dem finalen Jahr des 1947 installierten ersten Fünfjahresplans und dem Jahr des Beginns westlicher Finanzhilfen,<sup>68</sup> gab es vier Arten gesetzlich verankerter unfreier Arbeit: Zwangsarbeit ohne Haft, Zwangsarbeit mit Haft, Besserungsarbeit und gesellschaftlich nützliche Arbeit.<sup>69</sup> Freiwillige eh-

---

<sup>63</sup> Lev Svetek, Je bilo prisilno delo med vojno delovno razmerje? [War die Zwangsarbeit während des Krieges ein Arbeitsverhältnis?], in: *Pravna Praksa. Časopis za pravna vprašanja* 18, no. 21/22 (29.7.1999), S. 23-25, S. 23f.; Branko Pavlica, *Nemačka kao privredni partner Srbije i Jugoslavije 1882-1992* [Deutschland als Wirtschaftspartner Serbiens und Jugoslawiens 1882-1992], Beograd 2003, S. 73-84.

<sup>64</sup> Živković (Anm. 61), S. 531-555; Žečević/Popović (Anm. 61), S. 13.

<sup>65</sup> Živković (Anm. 61), S. 144-188, Zitat S. 159.

<sup>66</sup> Ebd., S. 188-213.

<sup>67</sup> Ebd., S. 213-273.

<sup>68</sup> Dragan Bogetić, *Western Economic and Military Aid to Yugoslavia During the Conflict with the Cominform*, in: Jasna Fischer u. a. (Hg.), *Jugoslavija v hladni vojni / Yugoslavia in the Cold War*, Ljubljana 2004., S. 295-318, S. 296f.

<sup>69</sup> Milko Mikola, *Delo kot kazen. Izrekanje in izvrševanje kazni prisilnega, poboljševalnega in družbeno koristnega dela v Sloveniji v obdobju 1945–1951* [Arbeit als Strafe. Die Erteilung und Durchführung von Strafen durch Zwangs-, Besserungs- und gesellschaftlich nützliche Arbeit in Slowenien 1945–1951], Celje 2002, S. 7. Die Zwangsarbeit ohne Haft und die Besserungsarbeit wurden 1948 zu einer juristischen Kategorie zusammengefasst. 1948 verbüßten laut Mikola allein in Slowenien 534 Intellektuelle, 3.986 Bauern, 4.053 Arbeiter und 2.054 Facharbeiter Haftstrafen mit Zwangsarbeit. Da es dem Autor ausschließlich um die Offenlegung kommunistischer Praktiken geht, interessiert ihn die Art und Weise, wie diese Menschen den Krieg überlebt haben. Zusammen-

renamtliche Arbeit und die genannten Arten unfreier Arbeit waren ein Hauptmerkmal nicht nur der stalinistisch geprägten ersten jugoslawischen Nachkriegsjahre, sondern gewannen gerade im Zuge des Kominform-Konfliktes 1948 an Bedeutung, als das Land außenpolitisch und wirtschaftlich isoliert war. Diese Varianten unbezahlter Arbeit bildeten die Basis des ökonomischen Wiederaufbaus. Die Bevölkerung war durch die Volksbefreiungsfront und andere mitgliederstarke Organisationen in Arbeitsbrigaden zusammengefasst.<sup>70</sup> Initiator dieser Arbeitsbrigaden war der bosnische Bergmann Alija Sirotanović, der für seine Förderrekorde zu einer Art jugoslawischem Aleksej Stachanov stilisiert und mit Ehren überhäuft wurde.<sup>71</sup> Im Jahr 1948 leisteten allein die Slowenen rund 28 Millionen freiwillige Arbeitsstunden beim Bau von Genossenschaftshäusern, industriellen und verkehrstechnischen Objekten, beim Holzschlag und bei der Holzaufbereitung, der Pflege von Obstplantagen usw.<sup>72</sup>

Die andere, aus der Erinnerung lange ausgeklammerte Seite sozialistischen Arbeitseinsatzes waren Lagerhaft und Zwangsarbeit. Sie fanden nicht selten an denselben Orten statt, die kurz zuvor noch von Deutschen und Italienern genutzt worden waren, wie die Adriainsel Rab in Kroatien, verschiedene Lager in der Vojvodina in Serbien oder wie das Gefängnis im slowenischen Brestanica (Rajhenburg).<sup>73</sup> Tatsächlich scheint die Zwangsarbeit im sozialistischen Jugoslawien ihre Wurzeln und Konturen bereits im Krieg erhalten zu haben. Partisanen erinnern sich an Formen des Arbeitszwangs – beispielsweise als Strafe für Deserteure.<sup>74</sup>

Am Beispiel der kriegswichtigsten Montanindustrie sei schließlich auf diejenigen verwiesen, die während des Krieges im Arbeitseinsatz gewesen waren, sich aber im macht- und wirtschaftspolitischen Raster der Nachkriegszeit auf der Gewinnerseite wiederfanden, nicht selten, ohne selbst etwas dafür getan zu haben: „Die Bergarbeiter des sozialistischen Jugoslawien, auf Einladung des Genossen Tito und der Partei, setzen sich entschlossen und kraftvoll in Bewegung im

---

hänge zwischen ihrem titoistischen Arbeitseinsatz und ihrem Verhalten in den Kriegsjahren lassen sich nur vermuten; allerdings differenziert Mikola nicht zwischen Arbeit als Strafe und (Pflicht-)Arbeit in den Brigaden der Volksbefreiungsbewegung.

<sup>70</sup> Mikola (Anm. 69), S. 9ff., definiert auch diese Arbeitsleistungen als Zwangsarbeit, da eine Ablehnung des eingeforderten Pensums nicht möglich gewesen und zudem diese Arbeit auch juristisch als „gesellschaftlich nützliche“ Arbeit verankert gewesen sei. Im Kapitel zu dieser Art von Strafe, S. 59-84, wird aber deutlich, dass auch dieses Gesetz sich gezielt gegen „Volksfeinde“ richtete und wohl nicht für die im folgenden beschriebene Masse an unbezahlter Arbeitsleistung verantwortlich zeichnet.

<sup>71</sup> Rade Alavantić, Rudar socijalističke Jugoslavije [Der Bergmann des sozialistischen Jugoslawien], Beograd 1950, S. 34-40.

<sup>72</sup> In Alavantić (Anm. 71), S. 7f., findet sich eine Auflistung der im Zuge der Wiederherstellung kriegszerstörter Bergwerke geleisteten freiwilligen Arbeitsstunden.

<sup>73</sup> Letzteres diente während des Krieges als Sammellager für zu deportierende Personen, von 1945 bis 1958 dann als Frauen-, danach bis 1962, dem Schließungsjahr, als Männergefängnis. Andreja Jankovič Deržič, Grad Rajhenburg kot zapor po 2. svetovni vojni. Ženski politični zapor (1948–1956) in moški kazensko poboljševalni dom (1956–1959), *Kronika* 61, no. 3 (2013), S. 575-584, hebt das Ziel der Umerziehung als Grund für die Haft hervor, ohne genauer darauf einzugehen.

<sup>74</sup> Doroteja Lešnik, Gregor Tomc, Rdeče in črno. Slovensko partizanstvo in domobranstvo [Rot und Schwarz. Slowenisches Partisanentum und Heimwehr], Ljubljana 1995, S. 74.

neuen Sieg für die Ehre und Größe ihrer wunderbaren Heimat, für die Freiheit und das Glück ihrer Völker und zukünftigen Generationen.“<sup>75</sup>

Die Sonderstellung des Bergbaus unterstreicht noch einmal die Ambivalenzen der neuen gesellschaftlichen Ordnung. Zum raschen Wiederaufbau war der Bedarf an Kohle und anderen Rohstoffen groß, sodass der Bergbau weit stärker staatlich gefördert wurde als andere Wirtschaftsbereiche. Die Bergwerke begannen mit aller Kraft zu arbeiten, und gleichzeitig wurden Kriegsschäden beseitigt. Arbeitskräfte waren rar und wurden in großer Zahl dringend benötigt, sodass man dazu übergang, auch Frauen einzustellen und den Arbeitstag zu verlängern.<sup>76</sup> Der Landwirtschaft – in der ebenfalls Arbeitermangel herrschte – wurden so noch mehr Kräfte entzogen. Nach zwei Jahren war die Kohlenproduktion bereits auf dem Vorkriegsstand; das Werk in Trbovlje beschäftigte wieder mehr als 4.000 Menschen.<sup>77</sup> Über das Thema „Arbeit für den Feind“ sah man hinweg – allerdings ist nicht umfassend untersucht, wie der Belegschaftswandel bzw. Neueinstellungen tatsächlich vor sich gingen. Die Tatsache, dass das auslösende Moment der sogenannten Dachauer Prozesse 1947 bis 1949 in Slowenien eine Explosion in der Glashütte in Hrastnik im Revier Trbovlje im Oktober 1946 war, in deren Folge mehrere Ingenieure und Facharbeiter, von denen die meisten in Dachau interniert gewesen waren, unter dem Vorwurf der Sabotage verhaftet wurden, verweist darauf, dass der Übergang nicht ohne „Säuberungen“ vonstattenging. Die slowenischen Dachauer Prozesse – nicht zu verwechseln mit den üblicherweise unter diesem Namen bekannten US-Militärgerichtsprozessen 1945–1948 in Dachau<sup>78</sup> – richteten sich überwiegend gegen ehemalige Häftlinge des KZ Dachau, die der Kollaboration mit der Gestapo beschuldigt wurden. Nach dem Ausschluss Jugoslawiens aus dem Kominform 1948 dienten die Schauprozesse auch „Säuberungen“ von als stalintrau geltenden Kommunisten.<sup>79</sup> Insgesamt waren 7.380 Slowenen und 2.144 ausländische Staatsbürger in die Prozesse involviert. 37 Perso-

---

<sup>75</sup> Alavantić (Anm. 71), S. 5.

<sup>76</sup> In ebd., S. 76-80 und S. 81-86, finden sich eigens den Bergarbeiterinnen und der Bergbaujugend gewidmete Kapitel, wobei auch die „Bestarbeiterinnen“ und jugendlicher Wetteifer hervorgehoben werden.

<sup>77</sup> Nevenka Hacin u. a., Srečno... črne doline. Katalog razstave [Glückauf... schwarzes Tal. Katalog der Ausstellung], Trbovlje 2001, S. 103 f. Man gründete schnell insbesondere Berufs- und Fachschulen, um eigenes ausgebildetes Personal zu erhalten. Dies wurde noch vor der Verbesserung z. B. infrastruktureller Projekte wie der Sicherung der Wasserversorgung, Verbesserung der Abwasserkanalisation u. a. m. in Angriff genommen, ebd., S. 166; vgl. Alavantić (Anm. 71), S. 41 ff.

<sup>78</sup> Ludwig Elber, Robert Sigel (Hg.), Dachauer Prozesse. NS-Verbrechen vor amerikanischen Militärgerichten in Dachau 1945–48 – Verfahren, Ergebnisse, Nachwirkungen, Göttingen 2007.

<sup>79</sup> Vgl. den Überblick bei Dušan Nečak, Dachauski procesi 1947–1949, *Kronika* 57 (2009), S. 533-542. Nečak war bereits in den 1980er Jahren an einem groß angelegten Forschungsprojekt zu diesen Schauprozessen beteiligt, vgl. Dušan Nečak, Ljubo Bavcon (Hg.), Dachauski procesi. Raziskovalno poročilo z dokumenti [Die Dachauer Prozesse. Forschungsbericht mit Dokumentation], Ljubljana 1990. Die Publikation ist open access zugänglich, <https://www.dlib.si/details/URN:NBN:SI:doc-GYEHR2AH>.

nen wurden verurteilt; elf von 15 Todesurteilen wurden vollstreckt, die übrigen saßen Gefängnis- und Zwangsarbeitsstrafen ab, einige auf Titos Gefängnisinsel Goli Otok.<sup>80</sup>

Mit Blick auf den untersteirischen Bergbau ist ein weiterer ideologischer Aspekt von Bedeutung: Das Revier Trbovlje war eine Wiege des jugoslawischen bzw. slowenischen Kommunismus. 1920 war hier die Kommunistische Partei mitbegründet worden, die eine solide Anhängerschaft unter den Bergarbeitern gefunden und nach den Kommunalwahlen im selben Jahr den ersten kommunistischen Bürgermeister Sloweniens gestellt hatte, ebenfalls ein Bergarbeiter. Im Juni 1924 war es in Trbovlje zu Zusammenstößen zwischen der paramilitärischen „Organisation jugoslawischer Nationalisten“ (ORJUNA) und den inzwischen illegalen Kommunisten gekommen. Die fünf in diesem Kampf zu Tode gekommenen Bergarbeiter gingen nach dem Krieg als die ersten Opfer im Kampf gegen den Faschismus in die kommunistische Heldengeschichtsschreibung ein.<sup>81</sup> Diese kommunistische Tradition galt es im Tito-Jugoslawien zu bewahren. Der Kampf um die zu etablierenden Erinnerungstraditionen ließ „falsches“ Verhalten während des Krieges in den Hintergrund treten. Die Bergleute wurden ideologisch als die zuverlässige Basis der Arbeiterklasse stilisiert, und ein „Verrat“ am Volksbefreiungskampf passte nicht in dieses Bild.<sup>82</sup>

Nach dem Ende des Staatssozialismus scheinen sowohl die Zahlung von 80 Mio. DM an „Ex-Jugoslawien“ im Jahr 1998<sup>83</sup> als auch das Stiftungsgesetz zur Entschädigung der Zwangsarbeiter

<sup>80</sup> In nichtslovenischer Sprache ist wenig über diese Prozesse veröffentlicht worden. Der Philosoph Andrej Ule, Präsident der Gemeinschaft der slowenischen Dachau-Internierten, unter dessen Familienangehörigen mehrere das KZ Dachau erlitten (und überlebten), hat verschiedentlich zum Thema publiziert, vgl. Andrej Ule, Slowenen in Dachau, in: Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, hg. Wolfgang Benz, Barbara Distel, Jg. 23, Heft 23 (November 2007): Nationalitäten im KZ, S. 140-145; Andrej Ule, The Dachau Processes in Slovenia, Webseite der Gemeinschaft der slowenischen Dachau-Internierten (*Skupnost Internirancev Dachau*), <http://www.skupnostdachau.si/index.php?page=the-dachau-processes-in-slovenia>. Die KZ-Gedenkstätte Dachau zeigte 2012 eine Ausstellung der im KZ entstandenen Zeichnungen des Architekten Vlasto Kopač, <https://www.kz-gedenkstaette-dachau.de/altertermine2012/articles/blickwechsel-vlasto-kopac-zeichnet-das-konzentrationslager-dachau-471.html>. Kopač wurde in den Dachauer Prozessen zu 20 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt; 1952 wurde er vorzeitig entlassen, 1971 rehabilitiert. Vgl. auch Josef Martin Presterl, Im Schatten des Hochschwab. Skizzen aus dem steirischen Widerstand. Hg. und eingeleitet von Heimo Halbrainer und Karl Wimpler, Graz 2010. Presterl war einer von mehreren österreichischen Spanienkämpfern und Kommunisten, die im Zuge der Prozesse verhaftet wurden; er wurde im April 1948 in Ljubljana hingerichtet.

<sup>81</sup> Zur „revolutionären“ Zwischenkriegszeit in Trbovlje vgl. Franček Saje, *Revolucionarno vrenje v Trboveljskem reviru* [Das revolutionäre Ferment im Revier Trbovlje], unveröff. Manuskript, Ljubljana 1964.

<sup>82</sup> Vgl. Alavantić (Anm. 71), S. 24: „Die Bergarbeiter sind die Initiatoren und Vorreiter der neuen Phase im sozialistischen Wettbewerb.“ Zu Trbovlje vgl. die in dieser Tradition stehende, in orthodox marxistisch-partisanischer Heldenrhetorik abgefasste Detailstudie über die Volksbefreiungsbewegung im ersten Jahr der deutschen Besatzung im Revier Trbovlje sowie die autobiographischen Aufzeichnungen eines ihrer Protagonisten. Požun, Lojze, *Trbovlje v NOB: 1941-42* [Trbovlje im Volksbefreiungskampf], Trbovlje 1986; Baloh, Pavel, *Po poteh revolucije: spomini na predvojno revolucionarno delo v Trbovljah in narodnoosvobodilni boj 1941–1945* [Auf dem Weg der Revolution: Erinnerungen an die revolutionäre Arbeit in Trbovlje in der Vorkriegszeit und an den Volksbefreiungskampf 1941–1945], Ljubljana 1966.

<sup>83</sup> Diese Summe sei, so Spoerer (Anm. 59), S. 246, teilweise an die ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen weitergeleitet worden. Die Angabe ist aber unpräzise, da nicht klar wird, ob die Zahlung an alle jugoslawischen Nachfolgestaaten gerichtet war bzw. wer welchen Teil erhalten haben mag. Auch Buggeln, *Zwangsarbeit* (Anm. 59), S. 12, reproduziert mehr als fünfzehn Jahre später weiterhin Spoerers Tabelle.

und seine Umsetzung in den 2000er Jahren von den post-jugoslawischen Öffentlichkeiten nur am Rande bemerkt worden zu sein.<sup>84</sup> Wie unbefriedigend eine ex-post Kategorisierung als „Jugoslawien“ ist, zeigt ein Vergleich zwischen Serbien und Slowenien. In Serbien führten der Zerfall Jugoslawiens und die nachfolgenden Kriege zu einem organisatorischen Kuriosum: 1998 schlossen sich alle serbischen Kriegsopferorganisationen zusammen, und zwar jene in Serbien und Montenegro sowie auch diejenigen in der bosnischen Serbenrepublik, also über staatliche Grenzen hinweg und auf ethnischer Basis.<sup>85</sup> Diese „Vereinigung der Opfer des Zweiten Weltkrieges“ stellte bis Dezember 2001 fast 18.000 Anträge auf Entschädigung, von denen aber nur 7.200 akzeptiert wurden, da die restlichen die Kriterien nicht erfüllten.<sup>86</sup>

Die Thematik geriet, angesichts der schwierigen gesellschaftlichen Situation Serbiens auch nicht von ungefähr, in den Sog der tagesaktuellen Polemiken. Innerhalb der serbischen Gesellschaft selbst gab es Widerstände; das Rote Kreuz beispielsweise argumentierte, die Situation Serbiens in Europa sei nicht geeignet, Ansprüche zu stellen. Andererseits traten alle möglichen Kriegsopferorganisationen auf den Plan, manchmal sogar lokale Regierungsstellen, und forderten Entschädigung, ohne sich viel um den Wortlaut des Gesetzes zu kümmern. Alten Leuten wurde suggeriert, sie könnten Geld erwarten, und wenn sich dies nicht realisieren ließ, wurde es als Indiz für „europäische“ Lügen und Heuchelei gewertet, versehen mit Hinweisen auf Wirtschaftsembargo, NATO-Bombardierung und negative Stigmatisierung der Serben während der Milošević-Jahre.<sup>87</sup> Die Jewish Claims Conference nennt in der Definition entschädigungsberechtigter jüdischer Zwangsarbeiter diejenigen, die mindestens sechs Monate in Arbeitslagern innerhalb des ehemaligen Jugoslawien beschäftigt waren sowie ausdrücklich diejenigen, die mindestens sechs Monate lang im Zwangsarbeiterlager des Kupferbergwerks in Bor interniert oder beim Bau der Savebrücke „Prinz Eugen“ in Belgrad beschäftigt gewesen waren.<sup>88</sup> In Bor waren dies hauptsächlich etwa 6.200 ungarische Pflichtarbeiter, von denen aber nur ein Bruchteil den Arbeitseinsatz in

---

<sup>84</sup> Zur Stiftungsinitiative Susanne-Sophia Spiliotis, Verantwortung und Rechtsfrieden. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Frankfurt a. M. 2003.

<sup>85</sup> Ratna šteta: Srbi i Nemci [Kriegsschäden: Serben und Deutsche], Vreme [Die Zeit], no. 476 (19. Februar 2000).

<sup>86</sup> Die zu findenden Zahlen widersprechen sich allerdings. Pravda duga pola veka [Die Wahrheit eines langen halben Jahrhunderts], Glas Javnosti [Stimme der Öffentlichkeit], 27.8.2000, erwähnt etwa 20.000 serbische Zwangsarbeiter, die bis Ende 2000 entschädigt worden seien und zwischen 5.000 und 15.000 DM erhalten hätten. Laut International Organization for Migration - Mission in Serbia, German Forced Labour Compensation Programme (GFLCP), <https://serbia.iom.int/projects/german-forced-labour-compensation-programme-gflcp>, erhielt die IOM in der Laufzeit des Projektes zwischen 2000 und 2002 13.043 Anträge. Von diesen seien 12.316 stattgegeben worden.

<sup>87</sup> Zum Umgang mit der 1999 im Zuge des Kosovo-Krieges erfolgten Bombardierung Serbiens durch die NATO vgl. Orli Fridman, Krisztina Rác (Hg.), Memories and Narratives of the 1999 NATO Bombing, special issue, Südosteuropa. Journal of Politics and Society 64, no. 4 (2016).

<sup>88</sup> Claims Conference, Entschädigungsprogramme, Artikel 2: Übersicht, <http://www.claimscon.de/unsere-taetigkeit/individuelle-entschaedigungsprogramme/entschaedigungsprogramme-erfahren-sie-mehr/artikel-2-fonds.html>.

Bor bzw. den Rückmarsch nach Ungarn 1944 überhaupt überlebte.<sup>89</sup> Nicht-jüdische Zwangsarbeiter in Bor – die Mehrzahl – verfügten über keine analoge Lobby.

Slowenien, seit 2004 EU-Mitgliedsland, stand im Vergleich zu Serbien im Bemühen um Entschädigung gut da: Drei Kriegsopferorganisationen, die „Vereinigung der Vertriebenen“, die „Vereinigung deportierter Kinder“ sowie die „Vereinigung der Zwangsrekrutierten in die deutsche Wehrmacht“ beantragten Entschädigungen im Sinne des Entschädigungsgesetzes, wobei die erstgenannte Organisation am erfolgreichsten vorging.<sup>90</sup> Ende 2001 hatte das Ljubljanaer Büro der International Office of Migration (IOM) über 12.000 Anträge auf Entschädigung vorliegen. Etwas mehr als 9.000 Anträgen wurde stattgegeben. Slowenien stand damit an siebter Stelle im internationalen Vergleich.<sup>91</sup> Der „Vereinigung deportierter slowenischer Kinder“ gelang es mit Hilfe der IOM in der zweiten Instanz, als entschädigungsberechtigt gemäß dem Punkt „sonstige Personenschäden“ zu gelten. 240 Anträge wurden ausbezahlt.<sup>92</sup> Die „Vereinigung der Zwangsmobilisierten in die deutsche Wehrmacht“ wandte sich nach Erlass des Stiftungsgesetzes wiederholt vehement an die Bundesregierung und forderte, ihren erzwungenen soldatischen Dienst der Zwangsarbeit gleichzustellen und die Betroffenen im Sinne des Gesetzes zu entschädigen.<sup>93</sup> Die Gesuche fanden kein Gehör. Für diese Opfergruppe ergibt sich damit die absurde Situation, dass sie als ehemalige slowenische Wehrmachtsangehörige bzw. als deren Hinterbliebene aus Deutschland eine Rente erhalten und dass das Anrecht darauf unumstritten ist. Das Recht auf Entschädigung als Opfer nationalsozialistischer rassischer Verfolgung aber ist ihnen bis heute verwehrt geblieben.<sup>94</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. Zvi Erez, Jews for Copper. Jewish-Hungarian Labor Service Companies in Bor, in: Yad Vashem Studies 28 (2000), S. 243-286.

<sup>90</sup> Lidija Voler, *Odisejada slovenskih prisilnih delavcev* [Die Odyssee der slowenischen Zwangsarbeiter] (1941–1945), Diplomarb. Univ. Ljubljana 2001, S. 26. Vgl. den Aufruf an alle ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, sich bei dieser Vereinigung zu melden, in: *Glas Slovenije* [Stimme Sloweniens], no. 138 (26. Februar 1999), *Prisilni delavci v nacističnih tovarnah med drugo svetovno vojno POZOR! Ustanovljen sklad za izplačilo odškodnin žrtvam* [Zwangsarbeiter in nazistischen Fabriken während des Zweiten Weltkriegs ACHTUNG! Fonds zur Zahlung von Entschädigung der Opfer gegründet].

<sup>91</sup> *Glas Slovenije*, *Prisilni delavci*, hatte am 26. Februar 1999 berichtet, die deutsche Regierung sei von insgesamt 361 slowenischen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen ausgegangen, während die Vereinigung slowenischer Vertriebener seit September 1998 etwa 5.000 entsprechende Formulare an ihre Mitglieder versandt habe. Brian J. Požun, *War Reparations*, *Central Europe Review*, Vol. 2, No. 23 (12. Juni 2000), erwähnt die Zahl von 115.000 slowenischen Zwangsarbeitern, von denen etwa 5.000 noch lebten.

<sup>92</sup> *The Appeals Procedure Was Our Only Hope*, in: *Compensation News*. International Organization for Migration, no. 6 (2005), S. 5.

<sup>93</sup> Gregor Jerman u. a., *Prisilna mobilizacija na Štajerskem* [Zwangsmobilisierung in der Steiermark], Celje 2003, S. 225-248.

<sup>94</sup> Zur Arbeit der slowenischen Vereinigung der Okkupationsopfer (*Združenje žrtev okupatorjev*) vgl. *Združenje žrtev Okupatorjev 1941-1945, Kranj, Feier des 10jährigen Jubiläums der Vereinigung*, Webseite der ZŽO, [http://www.zdruzenje-zrtev.si/kako\\_obvescamo\\_feier.asp](http://www.zdruzenje-zrtev.si/kako_obvescamo_feier.asp); sowie Warum Tone Kristan Angela Merkel nicht zu ihrer Wiederwahl gratuliert. Die slowenische „Vereinigung der Okkupationsopfer 1941-1945, Kranj“ erinnert seit Jahren daran, dass Deutschland bisher keine Entschädigungen für ihre Zwangsarbeit und Verschleppungen gezahlt hat, in: Nina Schulz, Elisabeth Mena Urbitsch (Hg.), *Spiel auf Zeit. NS-Verfolgte und ihre Kämpfe um Anerkennung und Entschädigung*, Berlin/Hamburg 2016, S. 14-33.